

Postulat

Emotionale Atomdebatte im Kantonsrat

Das Zürcher Parlament stützt die Investitionen in das Atomkraftwerk Beznau – mit Nebengeräuschen

Die Zürcher Regierung muss nicht darauf drängen, dass die Axpo in erneuerbare Energien statt in das Atomkraftwerk Beznau investiert. Dies hat der Kantonsrat entschieden – zum Ärger der Grünen und der SP.

Andreas Schürer

Die Wahl in den Klotener Stadtrat hat Regula Kaeser-Stöckli offensichtlich beflügelt. Mit markigen Worten nahm die grüne Kantonsrätin am Montag den Stromkonzern Axpo ins Gebet, der mit rund 700 Millionen Franken das Atomkraftwerk Beznau aufrüstet. Kaeser-Stöckli, die auch im Präsidium des atomkritischen Vereins «Klar! Züri Unterland» wirkt, kritisierte: «Beznau ist das älteste Atomkraftwerk der Schweiz – und wir buttern nach wie vor Geld in diesen alten Kasten.» Die Taktik der Axpo liege auf der Hand: Mit dem vorgeschobenen Argument, die Sicherheit zu verbessern, werde angestrebt, das Werk möglichst lange laufen zu lassen.

Kosten amortisieren

Hintergrund der Debatte im Kantonsrat ist ein Postulat, das Grüne und CSP im Dezember 2012 eingereicht hatten. In dem Vorstoss verlangen sie vom Regierungsrat, der zusammen mit den Elektrizitätswerken des Kantons Zürich (EKZ) 36,75 Prozent der Axpo-Aktien hält, «Einfluss auf die geplanten Investitionen in nicht zukunftsfähige und unwirtschaftliche Stromproduktion zu nehmen». Wirkungsvoller sei, in eine nachhaltige kantonale Stromwirtschaft zu investieren. Der Regierungsrat stellte sich bereits gegen die Forderung. Die zwei Reaktorblöcke in Beznau, KKB I und II, seien 1969 beziehungsweise 1971 in Betrieb genommen worden; weitere Investitionen in die Sicherheit seien unvermeidlich. Die Ausgaben im Umfang von 700 Millionen Franken seien weitgehend schon verplant und kämen in erster Linie der Betriebssicherheit zugute. Im Übrigen hätten die eidgenössischen Räte eine politische Begrenzung der Betriebsdauer abgelehnt und den Grundsatz anerkannt, dass die Atomkraftwerke so lange betrieben werden sollen, wie es den Sicherheitsvorschriften entspreche. So betrachtet könnten die Ausgaben auch nicht als unwirtschaftlich bezeichnet werden, da sie amortisiert würden.

Der Kantonsrat folgte dieser Logik. **Nach emotionaler Debatte lehnte er die Überweisung der Forderung an die Regierung mit 96 zu 53 Stimmen ab. Dafür sprachen sich einzig die Fraktionen der SP und der GP mit AL und CSP aus. Eine bemerkenswerte Rolle spielte die GLP. Die 18 anwesenden Fraktionsmitglieder enthielten sich der Stimme. Barbara Schaffner (glp., Otelfingen) begründete: «Sicherheitsmassnahmen sind selbstverständlich wichtig. Die Axpo schiebt aber auf eine Laufzeit weit über 50 Jahre hinaus. Wir machen dieses Spiel nicht mit.»**

Alle anderen nutzten die Gelegenheit, um bereits eingeschlagene energiepolitische Pflöcke zu festigen. Marcel Burlet (sp., Regensdorf) liess sich zu der gewagten Metapher hinreissen:

«Die Axpo-Politik ist schwerverdaulich, ja sie produziert unangenehme Düfte.» Der Stromkonzern halte sich nicht an den Willen des Volkes, das auf erneuerbare Energien setzen wolle, wie am Sonntag das Resultat der Zürcher Abstimmung über Energiezonen verdeutlicht habe. Beat Bloch (csp., Zürich) kritisierte, der Regierungsrat rede seine Einflussmöglichkeiten im Axpo-Verwaltungsrat klein. Zusammen mit den beiden Vertretern der EKZ besetze der Kanton immerhin 4 von 13 Sitzen.

Peter Reinhard (evp., Kloten), der in den Verwaltungsräten der EKZ und der Axpo vertreten ist, liess die geballte Kritik nicht auf sich sitzen. «Wenn Sie so tun, als würden wir verantwortungslos arbeiten, empfinde ich das als Frechheit.» Zum einen investiere die Axpo sehr wohl in grüne Energie, sie sei in der Schweiz sogar die Nummer eins in diesem Bereich. Zum andern seien die Investitionen in die Sicherheit des Atomkraftwerks Beznau unerlässlich. Beschlossen worden seien diese im Übrigen bereits im Jahr 2010, also vor dem bundesrätlichen Beschluss zur Energiewende. Unabhängig davon sei wichtig, dass die Atomkraftwerke noch am Netz blieben: «Die Energiewende kann nicht per Knopfdruck umgesetzt werden.»

Olivier Hofmann (fdp., Hausen am Albis) verwies darauf, dass die 5 Atomkraftwerke in der Schweiz immer noch rund 40 Prozent des benötigten Stroms erzeugten. Die Bevölkerung habe ein Anrecht darauf, dass sie möglichst sicher betrieben würden.

Der Baudirektor Markus Kägi (svp.), der zusammen mit Martin Graf (gp.) die Regierung im Axpo-Verwaltungsrat vertritt, knöpfte sich rhetorisch den SP-Kantonsrat Burlet vor: «Wenn Sie wollen, dass wir die AKW abstellen, dann stehen Sie jetzt auf und sagen, dass Sie stattdessen Kohlestrom aus Deutschland wollen.» Zudem betonte er, dass die Sicherheit des Betriebs oberstes Gebot sei. «Wir können doch das AKW Beznau nicht einfach so vor sich hin dümpeln lassen, wie dies in Fukushima der Fall war.»

Keine Sonderprüfung

Chancenlos blieb auch ein anderer Vorstoss zur Axpo. Die GLP forderte in einem Postulat eine unabhängige Sonderprüfung der Axpo sowie der Kernkraftwerke Leibstadt und Gösgen-Däniken. Judith Bellaiche (glp., Kilchberg) stellte infrage, dass die Bilanzierung der Entsorgungs- und Stilllegungsfonds der beiden Kraftwerke den Bewertungsvorschriften entsprächen, zudem sei die kalkulatorische Rendite von 5 Prozent mit Blick auf das derzeitige Zinsumfeld unrealistisch. Die Unterdeckung des Fonds sei offensichtlich, sagte Bellaiche – und warnte vor einem zweiten Fall BVK. Baudirektor Kägi fragte, ob die GLP denn keine Zeitung lese, habe doch das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) eine Äufnung des Fonds angeordnet, was die Axpo jährlich rund 50 Millionen Franken koste. Mit 90 zu 74 Stimmen aus SP, GP und GLP lehnte der Kantonsrat eine Sonderprüfung ab.